

Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen spricht sich für die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht aus.

Einleitung

Die Bundeswehr wurde 1955 gegründet und ist seit 1956 eine Wehrpflichtarmee. Fast neun Millionen Wehrpflichtige und Reservisten haben seitdem einen entscheidenden Anteil daran, dass die Bundeswehr heute tief in der Gesellschaft verwurzelt und akzeptiert ist. Die Allgemeine Wehrpflicht hat sich mittlerweile im Bewußtsein der Bürgerinnen und Bürger als ein Eckpfeiler unserer Demokratie mit ihrem Grundkonzept vom Soldaten als „Bürger in Uniform“ und dem Prinzip der „Inneren Führung“ festgesetzt.

Die Abschaffung der Wehrpflicht bedeutet eine Abkehr der Bundeswehr als integrativer Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Verwurzelung der Bundeswehr in den Köpfen der Menschen kann somit in Zukunft nicht mehr gewährleistet werden.

Sicherheitspolitische Begründung

Die Wehrpflicht ist ein massiver Eingriff in die Lebensgestaltung und persönliche Freiheit junger männlicher Staatsbürger und muss daher mit vitalen sicherheitspolitischen Notwendigkeiten begründet werden. Die politischen Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre haben Freiräume für Veränderungen geschaffen. Es hat sich jedoch als Irrtum erwiesen zu glauben, dass mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes gleichzeitig auch das Ende jeglicher militärischer Bedrohung für Europa und jeglicher Kriege innerhalb Europas gekommen sei. Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen können sich innerhalb von kurzen Zeiträumen fundamental ändern und entziehen sich konkreter Vorhersagen. Mit welchen Unwägbarkeiten und Risiken wir auf unserem Kontinent weiterhin rechnen müssen, haben die bitteren Erfahrungen auf dem Balkan uns allzu ausdrücklich vor Augen geführt.

In der Sicherheitspolitik ist eine langfristige Planung daher unumgänglich, die möglichst flexible Reaktionen auf alle Entwicklungen gewährleistet. Niemand möchte eine Krise heraufbeschwören, aber wer die Wehrpflicht in Deutschland abschafft - oder auch nur aussetzt - der muss sich bewusst sein, dass die Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte im Krisenfall und somit ein glaubwürdiges Abschreckungs- und Verteidigungspotential nur sehr schwer wieder zu erreichen sein wird. Voraussetzung für die Erfüllung des Verfassungsauftrages der Landes- und Bündnisverteidigung ist jedoch die gesicherte Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr.

Streitkräftespezifische Begründung

Für die Beibehaltung der Wehrpflicht spricht nicht zuletzt die Nachwuchsgewinnung von Zeit- und Berufssoldaten. Nach den bisherigen Erfahrungen verpflichten sich etwa acht Prozent der Grundwehrdienstleistenden weiter. Dies macht mit rund 9.000 Soldaten etwa die Hälfte des jährlichen Ergänzungsbedarfs aus. Gleichzeitig garantiert die Wehrpflicht eine vitalere und jüngere Altersstruktur. Mit einem Durchschnittsalter von etwa 26 Jahren sind die Soldaten der Bundeswehr vergleichsweise jünger als die Berufsarmeen unserer Bündnispartner. Insbesondere die USA und Großbritannien haben massive Nachwuchsprobleme in ihren Streitkräften. In Großbritannien wird straffälligen jungen Männern der Haftantritt erlassen, wenn sie sich freiwillig zur Armee melden. Ähnliche Zustände in der Bundeswehr kann niemand wirklich wollen.

Ohne die Wehrpflicht, kann die Bundeswehr nicht mehr auf die Gesamtheit der Fähigkeiten, Bildung und Ausbildung der Grundwehrdienstleistenden zurückgreifen. Im internationalen Vergleich liegt jedoch darin die Stärke unserer Streitkräfte: Qualifizierte Ausbildung, Flexibilität und Kreativität, ohne auf Professionalität verzichten zu müssen.

Moderne und attraktive Ausgestaltung der Wehrpflicht

Jeder Wehrpflichtige sollte seinen Dienst in der Bundeswehr als sinnvoll erleben. Um dies zu erreichen, fordert die JU NRW eine grundlegende Reform der Ausgestaltung des Wehrdienstes.

Hierzu gehört auch, dass die Fähigkeiten und Qualifikationen der Wehrpflichtigen bei der Verwendungsplanung künftig besser berücksichtigt werden.

Erhaltung der Wehrgerechtigkeit

Wehrpflicht ist für uns jedoch nur vorstellbar bei einer Beibehaltung der Wehrgerechtigkeit. Daher lehnen wir Vorschläge zur Nichteinberufung von Verheirateten oder jungen Männern, die mit Tauglichkeitsstufe drei gemustert sind, ab.

Der Anteil der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr muss weiterhin so hoch bleiben, dass alle Tauglichen eines Jahrgangs, die sich für die Bundeswehr entscheiden, dort eine fundierte Grund- und Dienstpostenausbildung erhalten können. Dazu sollte die Dauer des Wehrdienstes nicht unter neun Monate sinken. Nur so lässt sich die Akzeptanz der Wehrpflicht auf Dauer sichern.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen steht mit ihrer Entscheidung für die Beibehaltung der Wehrpflicht für eine verantwortungsbewusste Politik der Zukunft in Sicherheit und Freiheit.